

Pulverdampf über den Metropolen

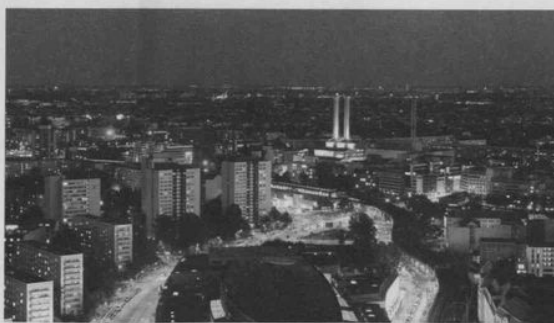
KONZESSIONSVERTRÄGE In vielen Kommunen wird gestritten – vor allem in Berlin und Hamburg. Die Stadtoberhäupter dort scheuen die Auseinandersetzung mit Vattenfall – dabei hätten sie alle Trümpfe in der Hand

Von **DR. PETER BECKER**,
Marburg

Am Schlachtfeld Rekommunalisierung ist mal wieder der Gesetzgeber schuld. Mit der Novelle zum Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen 1990 hat er die Laufzeit von Konzessionsverträgen für Strom und Gas auf 20 Jahre beschränkt. Deadline war 1994; so kommt es, dass zum Jahresende 2014 eine Vielzahl von Verträgen ausläuft – und fast überall wird gestritten. Besonders viel Pulverdampf erhebt sich über Stuttgart, Berlin und Hamburg. In Stuttgart ist die spannendste Frage, ob es EnBW gelingt, den Fuß in der Tür zu behalten. Zurzeit betreibt der Konzern ja das Strom- und Gasnetz. Die Stadt will darauf aber größtmöglichen Einfluss haben – und tritt damit in Konkurrenz zum Land als großem Anteilseigner der EnBW.

Auch in Berlin und Hamburg wird gestritten. Im Zentrum steht Vattenfall. Der Fusion 2002 hatte die Journalistin *Cerstin Gammelin* eine „Expansion ins Unglück“ vorausgesagt. Vattenfall musste vereinen, was nicht zusammengehört: zwei selbstbewusste Stadtwerke aus Berlin und Hamburg, überschuldete Kraftwerke und obendrein ostdeutsche Braunkohlelektroenergie. Und in der Tat lief es nicht gut. Die Anteile an den Kernkraftwerken Brunsbüttel und Krümmel sind nichts mehr wert. Von CCS, der Rettungsstrategie für die Braunkohlelektroenergie, hat sich Vattenfall verabschiedet. Bleiben die Berliner und Hamburger „Stadtwerke“, Cashcows der deutschen Wirkungsstätten.

Keine weitere Baustelle | Die Berliner Situation ist nicht klarer als die in Hamburg. Der Regierende Bürgermeister *Klaus Wowereit* und sein Finanzsenator *Ulrich Nußbaum* wünschen nach dem Flughafen-Desaster keine weitere Baustelle und würden die Zusammenarbeit mit Vattenfall am liebsten unblutig fortsetzen. Aber es sieht alles danach aus, als ob jedenfalls drei Fraktionen eine echte Rekommunalisierungsstrategie fahren: natürlich die Grünen, wohl auch die Piraten – und sogar Wowereits SPD-Fraktion, wobei freilich noch nicht abgestimmt wurde. In diese Richtung arbeitet auch das Volksbegehren Neue Energie für Berlin, das zeitgleich mit der Bundestagswahl stattfinden soll. Es wird unterstützt von einer Genossenschaft, der BürgerEnergie Berlin, der die „Stromrebellin“ *Luise Neumann-Cosel* vorsteht und die im Aufsichtsrat vom besonnenen und klugen *Lukas Beckmann*, Mitgrün-



Berlin leuchtet – mit dem Heizkraftwerk Mitte.

Bild: Vattenfall

der der Grünen, und *Dr. Michael Sladek*, Schöner Stromrebell, unterstützt wird. Man darf gespannt sein.

Anders sieht es in Hamburg aus – aber nur auf den ersten Blick. Dort hat sich der Senat mit Bürgermeister *Olaf Scholz* an der Spitze, getragen von einer absoluten SPD-Mehrheit in der Bürgerschaft, für eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit Vattenfall entschieden. Anlass waren Zweifel an der Standfestigkeit des Konzessionsvertrags für Strom und Fernwärme, die Vattenfall früh in den Ring geworfen hatte. Sie bewogen den Senat, anstelle eines langwierigen Prozesses mit

dieser, sondern die Argumente auf tönernen Füßen stehen. So soll etwa argumentiert worden sein, der Konzessionsvertrag sei wegen Mängeln bei der notariellen Beurkundung unwirksam. Dabei wurde der Konzessionsvertrag, der eine Verpflichtung zum Erwerb der Grundstücke für den Betrieb der Netze enthält, vorsorglich notariell beurkundet, was schon die große Ausnahme ist. Zudem verpflichteten sich die Vertragspartner, etwaige Rechtsmängel zu heilen.

Außerdem hat der – noch zu konzessionierende – neue Stromnetzbetreiber seit 2011 auch einen gesetzlichen Anspruch auf Übereignung des Stromnetzes zu einem angemessenen Preis. Das gilt entsprechend für das Fernwärmenetz. Aber selbst wenn die Endschäftsregelung im Konzessionsvertrag auf Übereignung der Netze aus einer entsprechenden Anwendung von Vorschriften des bürgerlichen Rechts, wie das Oberlandesgericht Frankfurt 1997 entschieden hat. Ob bei dieser Rechtslage bei den Netzen Vattenfall noch ein Interesse daran hätte, die – ohnehin durch die Energiewende unrentabel werdenden – Kraftwerke Moorburg und GuD Wedel zu betreiben, ist zweifelhaft.

Überschaubare Belastung | Weiter unterstellt, dass sich der Volksentscheid für den Rückkauf der Netze entscheidet, bleibt noch das Argument der hohen finanziellen Belastung für den Netzkau, die insbesondere die SPD-Fraktion ins Feld führt, aber auch

der Rechtsanwalt *Dr. Walter Scheuerl*, Mitglied der CDU-Fraktion, auf seiner Webseite www.unser-hamburg-gutes-netz.de. Der Abgeordnete weiß, wie man um Stimmen wirbt, hat er doch schon den Volksentscheid gegen die schwarz-grüne Schulreform zum Erfolg geführt. Man muss sich also die Summe von 2 Mrd. €, die die Stadt nach seiner Ansicht schultern müsse, genau ansehen.

Das Positive des Vertragswerks mit Vattenfall liegt darin, dass es Zahlen bereitstellt. So wurde beispielsweise das Stromnetz mit 542 Mio. € bewertet, auf das die Stadt 138,05 Mio. € für den 25,1%-Anteil an der Vattenfall Stromnetz Hamburg GmbH bereits bezahlt hat. Nur: Nähme man an, dass das Netz von einer Netzgesellschaft gekauft würde, die zu 100 % der Stadt gehört, nähme man weiter an, dass die Stadt die Gesellschaft mit einem – durchaus üblichen – Eigenkapitalanteil von 33,3 % ausstattet, kostet diese Einlage 160 Mio. € und damit nur 22 Mio. € mehr als der 25,1%-Anteil, den die Stadt bereits bezahlt hat. Der Zusatzaufwand läge also nur bei 22 Mio. € – aber für eine Gesellschaft, die vollständig der Stadt gehört. Denn die Netzgesellschaft würde ja für den Kauf Fremdkapital aufnehmen, das zurzeit mit 1–1,2 % Zinsen unglaublich billig ist. Wenn die Stadt dafür eine Bürgerschaft übernehmen würde, für die sie eine Provision von 1 % erhält, kostet der Kredit trotzdem nur 2–2,2 % – und die Stadt verdiente noch daran!

Engagierte Genossenschaften | Im Übrigen zeigt die Erfahrung, dass künftige Bewertungen zu erheblichen Abschlägen von den Netzwerten führen, die die Konzerne anstreben. Geht man davon aus, dass eine korrekte Neubewertung zu einem 25%-Abschlag führt, müsste die Stadt keinen zusätzlichen Euro aufwenden. Dazu kommt eine bemerkenswerte neuere Entwicklung, die gerade auch in Berlin und Hamburg feststellbar ist: die Gründung von Netzgenossenschaften, mit denen sich nicht nur Bürger finanziell an ihrem Netz beteiligen, sondern sich auch für ihre eigene Versorgungsinfrastruktur engagieren. In Deutschland gibt es bereits über 550 Energiegenossenschaften. Sie führen zu einem starken bürgerlichen Engagement an der kommunalen Infrastruktur, das in Zeiten volatiler Kunden durchaus positiv gesehen werden kann. Würde sich etwa die Energie-Netz Hamburg e.G. mit einem Drittel am Eigenkapital der Stromnetzgesellschaft beteiligen, bekäme die Stadt viel Geld zurück.

»Nicht der Konzessionsvertrag, sondern die Argumente dagegen stehen auf tönernen Füßen.«